

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)  vom 5. Juli 2011	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>27. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>20.09.2011</b> <b>838</b> <b>19</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Gefährdung des Trinkwassers durch Erdgasbohrungen mittels "Hydraulic-Fracturing"-Verfahrens</b>		

1. Teilt die Stadt Karlsruhe die Kritik der Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) am sogenannten Hydraulic Fracturing, einem Verfahren zum Aufsprengen von Gesteinsformationen, um kleinteilige Erdgasvorkommen zu erschließen?
2. Wurden im Raum Karlsruhe bzw. in der Region von "3Legs Resources" oder anderen Unternehmen sog. Aufsuchungskonzessionen zur Erkundung von Erdgasvorkommen im Raum Karlsruhe beantragt?

Wenn ja: Für welche Standorte?

3. Sind im Raum Karlsruhe bzw. in der Region bereits Genehmigungen zur Erkundung von Erdgasvorkommen vergeben worden?

Wenn ja: An wen, für welche Standorte?

4. Welche Behörde ist für die Vergabe solcher Konzessionen zuständig?
5. Wie wird sich die Stadt Karlsruhe verhalten, wenn es auf ihrem Gebiet zur Genehmigung oder Anwendung des Hydraulic-Fracturing-Verfahrens kommen sollte?

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Medien berichteten kürzlich über die Kritik der Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) am sogenannten Hydraulic Fracturing, einem technischen Verfahren, mit dem unterirdische Gesteinsformationen aufgesprengt werden, um kleinteilige Erdgasvorkommen zu erschließen. Dabei kommen auch Chemikalien

zum Einsatz. In den USA hat das zu Methan und Chemikalien im Grundwasser geführt sowie zu Bodenabsenkungen.

Nach den Berichten ist in Baden-Württemberg die englische Investorengruppe „3Legs Resources“ in dieser Richtung aktiv. Die Behörden hätten bereits für den Raum Bodensee und am Oberrhein sog. Aufsuchungskonzessionen zur Erkundung von Erdgasvorkommen erteilt – hinter dem Rücken der AWBR. Diese sehen in dem Hydraulic-Fracturing-Verfahren große Risiken für Trinkwasser und Wasserwerke. Gefordert wird eine u. a. eine verbindliche Umweltverträglichkeitsprüfung und absolute Transparenz der einschlägigen Verfahren

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

9. September 2011